

Potsdams] andere [Seiten

Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

Februar 2011

Nr. 2 · 7. Jahrgang

Links informiert

3 Kreisvorstand in Klausur/
Superwahljahr 2011

Babelsberg/Zentrum Ost

6-8 B-Plan Griebnitzsee / Aula für Lenné-
Schule / Neue Kaufhalle im Zentrum Ost

Forum

9/10 Potsdamer Klimakonzept/
Dürfen wir uns Utopien erlauben?

Hoffnung trotz Sperrung

Neues zum Griebnitzseeufer / Von Dr. Walter Raffauf



Eine „Mauer“ aus Stämmen wurde am 15. Januar errichtet.

Die Nachricht, dass der Bund nach langem Hin und Her jetzt einen Verkauf seiner Flächen am Griebnitzsee an die Stadt Potsdam plant, kam am 19. Januar 2011. Es besteht also die Hoffnung, dass am Ende der Auseinandersetzung am Griebnitzsee die Vernunft obsiegt haben wird und ein friedliches Zusammenleben aller Beteiligten möglich ist.

Bis dahin ist es allerdings noch ein gutes Stück Arbeit: Der Verkauf an Potsdam muss beurkundet werden, der neue B-Plan muss Rechtsgültigkeit bekommen und er muss vor allem umgesetzt werden. Hier wird es Widerstände geben. In dem Maß allerdings, in dem die Stadt Potsdam durch Flächenerwerb auch psychologisch eine ernst zu nehmende Größe am Griebnitzseeufer wird, wird die Zahl der Gegner der öffentlichen Planung schrumpfen. Die aktuellen Sperren zeugen vor allem von der Angst einiger Protagonisten, politisch an Terrain zu verlieren. Der Rechtsanwalt Christoph Partsch, der die sperrenden Anrainer anwaltlich ver-

tritt und sich auch privat als Erwerber eines jetzt gesperrten Grundstücks engagiert hat, wird die Entscheidung des Bundes geahnt haben. Durch die Sperrung versucht er sich noch einmal in Szene zu setzen. Am Ende wird er das Feld räumen müssen.

In Deutschland wird täglich enteignet, für den Bau von Autobahnen, demnächst wahrscheinlich für die Olympiade in München und Enteignung droht auch den Sturköpfen am Griebnitzsee. In dieser Situation wäre eigentlich die CDU gefragt, die immer Verhandlungen auf Augenhöhe angemahnt hat und sich öffentlich für einen öffentlichen Weg ausgesprochen hat. Wenn Herr Breetz es fertig brächte, seine sich sperrende Klientel dazu zu bringen, den Weg freiwillig für die Öffentlichkeit wieder zu öffnen und Grunddienstbarkeiten einzutragen, täte er ganz Potsdam etwas Gutes. Für das dadurch gesparte Geld fände sich bestimmt eine Verwendung.

(Mehr auf den Seiten 6-8)



Scharfe Hunde auf der ehemaligen Grenze – ein schreckliches Bild in 2011.



No pasaran – Naziaufmarsch in Dresden stoppen!

DIE LINKE.Potsdam hält gemeinsam mit vielen Verbänden, Organisationen und Parteien am erklärten Ziel fest, Europas größten Naziaufmarsch endgültig Geschichte werden zu lassen,

und ruft für den 19.2. bundesweit zur Verhinderung des Naziaufmarschs mittels Massenblockaden auf. Es hat sich abgezeichnet, dass die Nazis an diesem Tag ihr

(Fortsetzung auf SEITE 2)

Vorgemerkt:

Frauenwoche im März

Anlässlich der Frauenwoche vom 3. bis 13. März 2011, die in Potsdam unter dem Motto: „100 Jahre Frauentag – Spuren und Visionen“ durchgeführt wird, laden DIE LINKE.Potsdam und Ministerin Anita Tack am Freitag, dem 11. März 2011, ab 16 Uhr in das Haus der LINKEN in der Alleestraße 3 in Potsdam ein zur Vernissage der Ausstellung: „Der Zeit voran“, Frauenbilder von Gisela Kurkhaus-Müller.

Die Berliner Künstlerin Gisela Kurkhaus-Müller ist unter anderem bekannt für farbenkräftige Siebdrucke. Ihr Thema in der letzten Zeit waren vor allem Filmschauspielerinnen und Politikerinnen. Anlässlich der 100-jährigen Jubiläen des Internationalen Frauentags und der Filmstadt Babelsberg laden DIE LINKE.Potsdam und Ministerin Anita Tack ein zu der Ausstellung ihrer Frauenbilder.

Auf ein Wort...



Für Gerechtigkeit auf die Straße!

Von Bernd Giewolies,
Potsdam

Das Jahr 2011 beginnt mit einer weiteren Ausgrenzung und Isolierung der Hartz-IV-Empfänger, die die Spaltung der Gesellschaft vertieft: Einer peinlich geringen Erhöhung der Regelsätze stehen verschärfte Sanktionsmöglichkeiten gegenüber, Heizkosten für die Wohnung und der Zuschuss zur Rentenversicherung werden nicht mehr geleistet. Hartz-IV-Empfänger müssen auch kommerzielle „1-Euro-Jobs“ annehmen, die reguläre Arbeitsplätze verdrängen. Für Viele sind diese Zustände nicht mehr hinnehmbar. Sie tragen den Protest auf die Straße, so auch wir in Potsdam. Jeden dritten Montag im Monat findet die Montagskundgebung des „Aktionsbündnisses gegen Hartz IV“ auf dem Platz der Einheit (Süd) statt. Die Soziale Bewegung Brandenburg veranstaltet am 19.02. um 10 Uhr im Haus der Generationen eine Zusammenkunft mit Demonstration. Der diesjährige Ostermarsch durch Potsdam beginnt am 16.04. um 14:00 Uhr vor dem Brandenburger Tor. Wir arbeiten zum Beispiel mit der Friedenskoordination und der Sozialen Bewegung Bran-

(Fortsetzung auf SEITE 2)

(Fortsetzung von SEITE 1)

denburg zusammen. Deshalb sprechen wir neben Hartz IV auch den Krieg in Afghanistan und andere gesellschaftliche Probleme an.

Wie DIE LINKE fühlen auch wir vom „Aktionsbündnis gegen Hartz IV“ uns der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet und machen die Menschen in Potsdam auf die (un-) sozialen Probleme in unserer Stadt aufmerksam, um Veränderungen herbeizuführen. Wir würden uns freuen, wenn auch Sie an unseren Veranstaltungen teilnehmen!

Anmerkungen zum Amt

Etymologisch hat das Amt zunächst mit der Dienststellung, Aufgabe und Verpflichtung der Person zu tun, die es versieht; erst später übertrug sich die Bezeichnung auf den Ort der Ausübung, das Amt als Gebäude, den Dienstsitz. Der Ursprung stammt von germanischen, gotischen und altenglischen Termini, die allesamt den Diener oder Gefolgsmann bezeichnen. Insofern ist es eigentlich nicht weiter verwunderlich, dass sich die Beamten des Auswärtigen Amtes – zumindest in ihrer übergroßen Mehrheit – zwischen 1933 und 1945 als getreue Gefolgsleute des „Führers“ verstanden. Der Historiker Hans Mommsen spricht von einer „kumulativen Radikalisierung“ des NS-Systems. Die hat natürlich kein Amt ausgelassen, auch nicht das Auswärtige.

Das Ende Oktober 2010 erschienene Buch: „Das Amt und die Vergangenheit: Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik“ schlug vor allem deshalb so hohe Wellen, weil das AA eine andere Legende vor sich hergetragen hatte, die des eigentlich verbreiteten Widerstandes, der zumindest innerlich waltete, so dass die Herren nach 1949 frohgemut wieder ans Werk gehen konnten. Das Judenreferat war sozusagen der braune Fleck auf der ansonsten weißen Weste; man hatte immer nur das Beste für das deutsche Vaterland gewollt. Damit ist es jetzt vorbei. Nach diesem Buch ist klar: Es gibt keine Institution, die rein ist, in einem blutbefleckten System des Schmutzes. Das Amt als Ganzes hatte seinen Platz in dem NS-Herrschaftssystem.

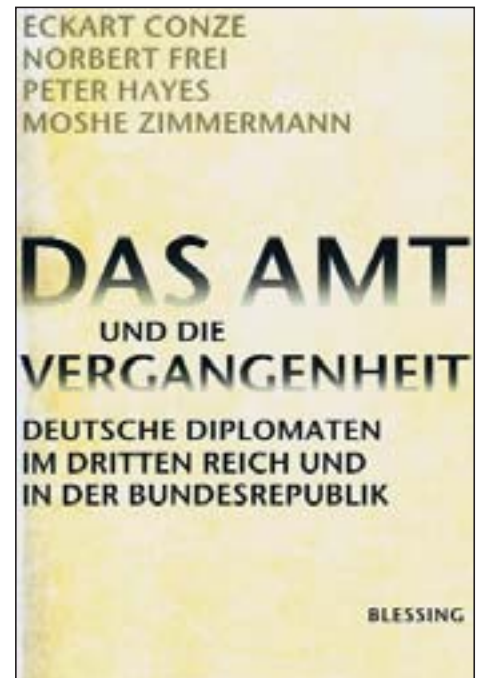
Damit verbinden sich verschiedene Fragen. Eine stellte die Wochenzeitung Der Spiegel in ihrer Nummer 44 (vom

1. November 2010): Noch in den 1970er Jahren existierten „Netzwerke NS-Belasteter“, die weit in die FDP reichten und Täter schützten. Von 1969 bis 1998 amtierten drei FDP-Außenminister, Walter Scheel, Hans-Dietrich Genscher und Klaus Kinkel, die nichts taten „zur Aufklärung der NS-Verstrickung von Diplomaten“. Einen Gesichtspunkt merkt Der Spiegel unmittelbar an: „Pikanterweise waren sowohl Genscher wie Scheel NSDAP-Mitglieder.“

Danach war sich offenbar die Redaktion ihrer eigenen Courage nicht mehr sicher und veröffentlichte in Spiegel-Online am 5. November 2010 eine Bekundung des früheren AA-Staatssekretärs Wolfgang Ischinger, der betonte, als ehemaliger 68-er auch schon früher kritische Fragen gestellt zu haben. Insofern dürfe „die Studie“ (die Rede ist von einem geschichtswissenschaftlichen Fachbuch von 880 Seiten, an dem vier international renommierte Historiker etwa fünf Jahre gearbeitet haben) nicht dazu benutzt werden, das AA und seine heutigen Mitarbeiter „in Verurufung zu bringen“. Die „kritische Beschäftigung des AA mit seiner Vergangenheit“ habe „natürlich nicht erst 2005 oder 2010“ begonnen. Hier taucht dann die nächste Frage auf: Was ist Beschäftigung mit der Vergangenheit? In gewissem Sinne ist natürlich auch das Schreiben der „Netzwerke NS-Belasteter“ von Nachrufen für ihre verstorbenen Zugehörigen Beschäftigung mit der Vergangenheit. Nur eben eine andere, als das Schreiben von „Studien“ über die dunklen Seiten. Aber genau das Nachrufswesen im AA hatte ja bekanntlich dazu geführt, dass der damalige Außenminister Joseph Fischer

den Auftrag für das Forschungsprojekt gab, zwar zögerlich und am Ende seiner Amtszeit, aber immerhin.

En passant wurde stillschweigend bestätigt, dass die in dem in der DDR 1965 herausgegebenen „Braunbuch Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik“ gemachten Angaben auch zu Angehörigen des AA nicht falsch und reine Propaganda waren, als die sie damals im Kontext des Kalten Krieges dargestellt wurden. Man wusste also oder konnte wissen, wenn man denn wollte. Es war eine Frage der Perspektive, was man denn sehen wollte. In der DDR wurde das gesamte außenpolitisch-diplomatische Personal neu herangebildet. Der Bruch mit dem Faschismus bedeutete, ehemalige Nazis zur Außenvertretung des neuen Staates nicht heranzuziehen. Adenauer, der nicht nur einen Globke hatte, hatte andere Qua-



litäten im Sinn. Die alten Herren, die das neue AA aufzubauen hatten, brachten das notwendige antikommunistische Rüstzeug mit, das im Kalten Krieg wieder gebraucht wurde. Und so war es denn auch logisch, dass Genscher, das ehemalige NSDAP-Mitglied, nach 1990 keinen aus dem DDR-Außenministerium in seinem AA wollte.

Attila Kiraly

Bundeswehr abschaffen!

Nach dem Willen von Verteidigungsminister Carl Theodor zu Guttenberg soll die Bundeswehr schrumpfen und entsprechend weniger kosten; die Wehrpflicht soll ausgesetzt, aber nicht endgültig abgeschafft werden. Gleichzeitig wird betont, dass die Bundeswehr fit für Auslandseinsätze gemacht werden muss. Ich sehe da mehrere Widersprüche.

Eine reine Verteidigungsarmee?

Zum einen sagt mir ein Blick ins Grundgesetz, dass die Bundeswehr eine reine Verteidigungsarmee sein soll. Die Väter und Mütter des Grundgesetzes haben aus den Erfahrungen zweier Weltkriege die Lehre gezogen, dass von deutschem Boden NIE WIEDER ein Krieg ausgehen darf. Zu dieser Lehre passen die derzeitigen Einsätze der Bundeswehr in Afghanistan und vor Somalia ganz und gar nicht, obendrein sind sie nicht gerade ein Beitrag zum Sparprogramm. Das wird von der schwarz-gelben Regierung ebenso ignoriert wie zuvor von der rot-grünen. Doppelt gefährlich ist, dass rund 70 % der Bürgerinnen und Bürger jegliche Kriegsbeteiligung der Bundeswehr ablehnen, ohne dass diese demokratische Mehrheit berücksichtigt wird.

Wer bedroht hier wen?

Zum anderen frage ich mich aus pazifistischer Überzeugung: Brauchen wir überhaupt eine Armee? Der Einsatz der Bundeswehr im Inneren ist laut Verfassung verboten; auch dies eine Konsequenz aus den bitteren historischen Erfahrungen des vergangenen Jahrhunderts. Der Einsatz von Militärgerät beim Castor oder in Heiligendamm war bereits eine Übertretung dieses Verbots und zeigt, wie ernst es die regierenden Christdemokraten mit solchen Verboten nehmen. Auch ein Verteidigungsfall nach außen ist nicht in Sicht und wird hoffentlich nie eintreten. Mit Ausnahme der sprichwörtlich neutralen Schweiz grenzen an Deutschland nur Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Von denen geht keinerlei Gefahr aus. Auch im weiteren geostrategischen Umfeld gibt es keinen Machtfaktor mehr, der eine Bedrohung darstellt. Selbst Russland geht mit der NATO immer engere militärische Verflechtungen ein und fällt damit als Bedrohungskulisse aus. Und was die „Tigerstaaten“ in Südostasien betrifft, so haben sie ihre Armeen bereits abgeschafft, und das, obwohl die politischen Verhältnisse dort weniger stabil sind als in Europa.

Chris Kühnl
Linksjugend [solid]

No pasaran – Naziaufmarsch in Dresden stoppen!

(Fortsetzung von SEITE 1)

zentrales „Event“ veranstalten wollen, was es auf jeden Fall zu verhindern gilt! Der Kreisverband DIE LINKE unterstützt die Aktionen des Bündnisses „Nazifrei - Dresden stellt sich quer“. Wir rufen die Potsdamer auf, Flagge gegen Rechtsextremismus, Menschenfeindlichkeit und Geschichtsfälschung zu zeigen. Gemeinsam mit den Dresdnern, sowie allen demokratischen Kräften aus den Gewerkschaften, Parteien, Jugend- und Studierendenverbänden und der Friedens- und Umweltbewegung aus dem gesamten Bundesgebiet wollen wir ein deutliches Zeichen gegen den alljährlichen Aufmarsch der Nazis setzen. Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg!

Im letzten Jahr haben über 10.000 Menschen erfolgreich gegen den Naziaufmarsch demonstriert. Die Aktionen waren fried-

lich und haben dazu beigetragen, dass die Ewiggestrigen nicht auf ihren geplanten Routen durch die Stadt ziehen konnten. Viele Rechtsextreme sind noch nicht einmal in die Stadt hinein gekommen. Auch in diesem Jahr soll der Marsch verhindert werden. Wie Ihr sicher schon den verschiedensten Medien entnehmen könntet, will die NPD auch in diesem Jahr anlässlich der Bombardierung Dresdens eine Großdemonstration in Dresden durchführen. Alle demokratischen Kräfte sind aufgerufen, diese Demo zu blockieren.

Damit sich viele Potsdamer daran beteiligen können, hat der Kreisvorstand DIE LINKE.Potsdam einen Bus gemietet. Wer am 19.02.2011 in Dresden mit dabei sein möchte, melde sich bitte bis 12.02.2011 unter: E-Mail: info@dielinke-potsdam.de

Der Kreisvorstand
DIE LINKE.Potsdam

IMPRESSUM

„Potsdams andere Seiten“
Die Linke Monatszeitung für die Landeshauptstadt.

HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE. Potsdam; Sascha Krämer, Vorsitzender. Alleestraße 3, 14469 Potsdam.

REDAKTION: medienpunkt.potsdam; Hessestraße 5, 14469 Potsdam Bernd Martin (V.i.S.d.P.); Rainer Dyk, Redakteur; H. Jo. Eggstein, Layout; Jens Hörnig, Reisen, Service; Gerlinde Krahnert, freie Mitarbeit; Renate Frenz, Redaktionssekretariat; Tel.: 0331/ 20 01 89-70; Fax: -71; email: pas.redaktion@gmx.net;

ANZEIGEN: Sekretariat.
BANKVERBINDUNG: Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr. 3508020699; BLZ: 160 500 00

„PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrer Kürzungen vor.

BILD AUTOREN: Redaktion, Archiv
DRUCK: Nordost-Druck GmbH Neubrandenburg.

Bürgerumfrage in der Landeshauptstadt

Kreisvorstand DIE LINKE.Potsdam traf sich zu Klausur

Das Projekt einer „Offenen Geschäftsstelle“ in der Innenstadt wurde im Vorstand wieder aufgegriffen. Weiter will DIE LINKE.Potsdam mit einer Bürgerumfrage zu Themen, die die Menschen in Potsdam aktuell bewegen, in der Öffentlichkeit stärker präsent werden. Die Befragung, die im April stattfindet, solle dazu beitragen, das inhaltliche Programm der LINKEN für Potsdam zu schärfen, und die Fraktion in die Lage zu versetzen, anhand der Probleme, Wünsche und Sorgen den Draht zum Bürger zu halten, die Fraktion quasi mit Aufträgen für die tagespolitische Arbeit „zu füttern“.

„In unseren Hochburgen wie im Süden der Stadt sind wir nach wie vor die aktivste Partei mit dem größten Einfluss“, berichtete der Kreisvorsitzende Sascha Krämer. „Dort müssen wir unseren Einfluss halten, stabilisieren und gegebenenfalls ausbauen.“ Demgegenüber habe man „vor allem in den nördlichen Stadtgebieten“ die Bürger nur schwach erreicht. Die Einschätzung, der Kreisverband entwickle „nicht genug

Mobilisierungskraft“, treffe grundsätzlich zu, „wenn wir den hohen Nichtwähleranteil an unserem Anspruch messen, möglichst viele Bürger an der Demokratie zu beteiligen“, erklärte Krämer. Die Klausur werfe die Frage auf, wie DIE LINKE in Potsdam – unter Bewahrung des linken Pro-

files – alte und neue Schichten ansprechen kann. „Wie weit ist die Partei noch im gesellschaftlichen Leben verankert? Wie können wir neue Kontakte knüpfen? Diesen Fragen müssen wir uns offen stellen“, so der Kreisvorsitzende. Es gehe um die Feststellung, ob „die LINKE die richtigen

Themen“ habe, so Krämer kritisch. Solche Fragen wie frauenpolitische Themen im politischen Alltag, die „Nachwuchsförderung“ über das bewährte Mentoring-Programm, innerparteiliche Bildung bis hin zur Kinderbetreuung bei Parteiveranstaltungen sollen zukünftig greifen.



Der Kreisvorstand während seiner zweitägigen Klausurberatungen.

Foto: Frehse

In sieben Ländern Deutschlands stehen in diesem Jahr Landtagswahlen an. Start dafür ist am 20. Februar in Hamburg. Und im März folgen dann Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz. Über Bremen, Mecklenburg-Vorpommern geht's dann bis zum September in Berlin.

Landtagswahlkampf ist immer auch eine Materialschlacht. Und deshalb hängen sie dann wieder landauf, landab – die Plakate mit „global-konkreten“ Versprechungen, Losungen etc. Ich erinnere mich, was in Vorjahren auf den Plakaten der CDU stand: „Wir haben die Kraft“. Bei der FDP lautete das „Deutschland kann es besser“, und die SPD startete gar mit „Wir können das besser“. Und was sagte Obama? „Yes, we can“.

Sie alle KONNTEN es, seit Jahren hätten Sie gekONNT, nur allein – sie TATEN es nicht. Eine Wortspielerei, sicher: Aber es verwundert schon; wie diese alten Rezepte immer noch dafür sorgen, dass sich die Machtverhältnisse in unserem Land nur schwer ändern.

Die Menschen haben einerseits Angst vor dem, was ist, und noch mehr vor dem, was sein könnte, aber vor notwendigen Veränderungen offenkundig auch. Dabei schien es doch so klar wie lange nicht, dass dieser Kapitalismus

Obama lässt grüßen

Gedanken zum Super-Wahljahr 2011

tatsächlich genau die Krisen und Verelendungen produziert, die wir in der Schule vermittelt bekamen. Also warum in eine Richtung gehen, die in die Irre führt?.

Es ist aber auch feststellbar, dass Argumente von LINKS vielen Menschen aus der Seele sprechen. Das merken manchmal sogar die neoliberalen Politiker. Sie wissen schon, dass Afghanistan ein Reizthema ist, und sprechen darüber, dass die deutschen Soldaten da raus müssten, aber WANN genau, sagen sie nicht.

Sie wissen auch, dass die Frage des Arbeitsmarktes eine entscheidende ist für Zukunftsperspektiven. Interessant ist zu beobachten, dass man zunehmend von „Beschäftigung“ spricht und nicht von „Arbeit“, aber auch Sprache ist Politik. Wir haben eine tiefe Rezession. Aber das Programm dagegen ist ein „Konjunkturprogramm“ – selbst wenn es rückwärts geht, geht es aufwärts. Die, die ihre Arbeit geben, sind ja auch deshalb wohl Arbeitnehmer, demnächst dann nur noch Beschäftigte. Im Zehnjahresvergleich von 1998 bis 2008 hat sich die Anzahl der Erwerbstätigen um 6,5 % auf 34,7 Millionen erhöht. Dabei stieg die

Zahl der atypischen Beschäftigungsverhältnisse um 46,2 % und die der Solo-Selbstständigen um 27,8 % an. Demgegenüber ist ein Rückgang der Normalarbeitsverhältnisse um 3,0 % zu beobachten. Die Anzahl der geringfügig Beschäftigten wuchs um 71,5 % und ist somit die am stärksten wachsende Form von Erwerbstätigkeit.

Das unterschiedlich starke Wachstum der verschiedenen Beschäftigungsformen führt zu einer strukturellen Veränderung des Arbeitsmarktes: Der Anteil der Normalbeschäftigten sinkt, während der Anteil der atypischen Arbeitsverhältnisse sowie der Anteil der Solo-Selbstständigkeit zunehmen. Waren 1998 noch 72,6 % der Erwerbstätigen in Normalarbeitsverhältnissen beschäftigt, sank der Anteil in 2008 auf 66,0 %.

Das sind Fakten, die klar einige Ursachen für die Fehlentwicklungen und für wachsende Armut in Deutschland benennen. Wer wissen will, wo Kaufkraft-rückgang herkommt, kann es an diesen Zahlen erkennen. Der sieht aber auch, wie sich die Ausbeutung der Menschen verschärft hat und warum Zukunftsängste

begründet sind. Wenn man diesen Zahlen die Dimension des Banken- und Finanzskandals gegenüber stellt, wird man schnell erkennen, wo Gewinne privatisiert und Verluste sozialisiert werden. Immer höhere Belastungen für jene, die noch in soziale Sicherungssysteme einzahlen. Immer mehr Bedarfe nach sozialen Sicherungsleistungen auf der einen Seite, aber auch immer mehr Reglementierungen und Sanktionen bei Hartz IV. Den Preis für diese Politik zahlen nur wir ALLE. Und wenn sich an den politischen Proportionen in Berlin nichts ändert, bleibt das so. Der einzige Weg für eine andere Politik geht nur über mehr LINKS. Und für diese Politik von LINKS werben wir. Wir haben schon manches bewegt. Wenn nun die Menschen sich ein Stück dieser linken Argumente angenommen haben, dann haben es die Konservativen plötzlich auch in ihren Programmen, allein sie tun dann nichts, wenn sie gewählt werden. Deshalb sollten wir den Menschen glaubhaft vermitteln: Wenn sie LINKS ihre Stimme geben, dann bewegt sich was in diesem Land. Übrigens, ein bisschen Obama ist schon ok. Also: „Yes, we can!“, und das Wichtigste ist: Uns kann man beim Worte nehmen!

Bernd Martin

Die Realität unserer Gesellschaft

Es gibt jetzt eine Bertelsmann-Studie über soziale Gerechtigkeit. In 31 OECD-Ländern, das ist wirklich spannend, auf welchem Platz wir landen. Bei Bertelsmann. Das ist keine linke Einrichtung, wenn ich daran erinnern darf. Also, bei der Armutsvermeidung und bei der Bekämpfung von Armut liegen wir bei den 31 Ländern auf Platz 14. Bei der Bekämpfung von Kinderarmut liegen wir auf Platz 14. Dreizehn Länder sind besser. Bei Einkommensunterschieden liegen wir auf Platz 15, weil sie so angestiegen sind in Deutschland. Bei den Ausgaben für frühkindliche Bildung liegen wir auf Platz 16. Beim Zugang zur Bildung liegen wir auf Platz 22. Zweiundzwanzig! Es gibt nur neun Länder, die schlechter sind diesbezüglich als wir. Kinder von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern haben es inzwischen, das haben wir geschafft, in den USA leichter zu studieren, als in Deutschland. Das ist die Wahrheit. Und das hat übrigens sich bei Schröder und Fischer nicht um einen Millimeter verändert. Das ist auch eine wichtige Wahrheit. Und dann kommt das Letzte. Die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit. Wisst ihr, auf welchem Platz wir da sind? Auf Platz 30! Es gibt ein Land, das da noch schlechter ist. Das ist die Slowakei. Ansonsten haben wir Platz 30. Bertelsmann-Studie. Kann man alles nachlesen. Das sind die Realitäten unserer Gesellschaft.“

(aus: Rede von Gregor Gysi zum Politischen Jahresauftakt am 10. Januar 2011)

Lepsius – Theologe, Publizist und Menschenrechtler

Februar 1926

Am 03. 02. 1926 verstarb Dr. Johannes Lepsius. „Eine Anklageschrift wider die christlichen Großmächte und ein Aufruf an das christliche Deutschland“ - so ist das erste große Werk zu seinem Lebensthema untergeschrieben. 1896 bringt der evangelische Theologe und Orientalist Johannes Lepsius (1858 bis 1926) sein aufrüttelndes Werk „Armenien und Europa“ über die Massaker der Osmanen unter Sultan Abdülhamid II. an den Armeniern heraus. Den Pogromen waren zwischen 1894 und 1896 bis zu 80 000 Armenier zum Opfer gefallen. Lepsius' Schrift wurde in mehreren Ländern publiziert und verhalf dem

Orientalisten zu großem Ansehen. Die Unterdrückung der Armenier und den späteren Völkermord durch die Türken konnte Lepsius' Engagement freilich nicht verhindern.

Johannes Lepsius, dessen Geburtstag sich am 15. Dezember zum 150. Mal jährt, war der Sohn des Ägyptologen Carl Richard Lepsius. Er wuchs in Berlin auf, studierte Theologie und Philosophie. Auf einer Reise nach Ägypten mit seinen Eltern knüpfte er die ersten Kontakte zu Armeniern, deren Schicksal ihn sein ganzes Leben beschäftigen sollte. Lepsius gründete Ende der 1890-er Jahre das armenische Hilfswerk und rief 1914 die

deutsch-armenische Gesellschaft ins Leben. In Potsdam, wo Lepsius in einem ehemaligen Weinmeisterhaus zwischen 1908 und 1925 lebte, entstand seine umfangreiche Dokumentation über den Völkermord an den Armeniern, dem im Schatten des ersten Weltkrieges rund 1,5 Millionen Menschen zum Opfer fielen. Sein „Bericht über die Lage des armenischen Volkes in der Türkei“ konnte Lepsius noch in 20 000 Exemplaren unter anderem an die deutschen Pfarrstellen verschicken, ehe das Werk zensiert wurde. Nach seinem Tod widmete ihm Franz Werfel ein literarisches Denkmal mit dem Armenier-Roman „Die vierzig

Tage des Musa Dagh“. Lepsius wird darin als „Schutzengel der Armenier“ geehrt.

Auch Potsdam ehrt Lepsius. Nach Verzögerungen wird der Ausbau des Lepsiushauses zu einer Forschungs- und Gedenkstätte in den kommenden Wochen weitergehen, die komplizierte Finanzierung ist nun geklärt. 2005 hatte die Stiftung preußische Schlösser und Gärten die Fassade von Lepsius' einstigem Wohnhaus saniert. Im Januar soll der Innenausbau starten. Das umfangreiche Lepsiusarchiv wird so frühestens nächsten Herbst der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.“ (MAZ, 13./14. 12. 2008)

Ausschuss SPD-KPD Potsdam beschloss Vereinigung

Februar 1946

Am 12. 02. 1946 beschloss der Einheitsausschusses SPD-KPD des Kreises Potsdam: „Die Leitungen der beiden Parteien begrüßen die gemeinsame Entschliessung vom 20./21. Dezember 1945 und die durch den Zentralausschuß der SPD am 11. Februar 1946 veröffentlichte Bekanntgabe auf der Zonenkonferenz des FDGB in Berlin zur baldigen Vereinigung der beiden Parteien in der sowjetischen Zone. Sie geloben, mit aller Kraft auf dieses Ziel hinzuarbeiten. Sie sind sich

bewusst, dass die endgültige Ausrottung des Faschismus, des Militarismus und der Reaktion, die ihren Ausdruck in dem „Geist von Potsdam“ fanden, die organisatorische Einheit der Arbeiterklasse zur Voraussetzung hat. Um die in den hinter uns liegenden Monaten bereits geschaffene Aktionseinheit im Kampf gegen die Not und für den Wiederaufbau zu vertiefen und um das freundschaftliche und enge Zusammenarbeiten unserer Mitglieder noch herzli-

cher zu gestalten, hat der Einheitsausschuß folgende Maßnahmen beschlossen:

1. Durchführung gemeinsamer Mitgliederversammlungen und Funktionärsitzungen...

2. Einheitliches Auftreten bei den Gewerkschafts- und Betriebsratswahlen.

3. Gemeinsame Versammlungen unserer Betriebsgruppen und Durchführung von Schulungskursen.

4. Gemeinsames Auftreten in den schon bestehenden kultur-,

sozial- und wirtschaftspolitischen Ausschüssen bei den Behörden.

5. Gemeinsame tatkräftige Vorbereitung der Frühjahrsbestellung und Durchführung des Wirtschaftsplanes für 1946 zusammen mit den Gewerkschaften.

6. Vorbereitung eines ständigen gemeinsamen Organisationsbüros, das die Aufgabe hat, alle für die baldige Verschmelzung unserer Parteien notwendigen Maßnahmen zu ergreifen...“

Kulturbund: Ein neues Deutschland muss entstehen

Februar 1946

In der Zeitung der KPD des Landes Brandenburg „Volkswille“ erscheint am 3. Februar 1946 der „Aufruf des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands an die Jugend der Provinz Brandenburg“; in dem von Otto Nagel, Vorsitzender des „Kulturbund...“ der Provinz Brandenburg, mit formulierten Aufruf heißt es u.a.:

„Aufs Gründlichste hat der Nazismus die Kultur mißbraucht, sie in seine Propagandamaschine eingebaut. Das Erobern und Morden wurde in den Werken der

Nazikunst gepriesen. [...] So wurden die jungen Menschen, die Jünglinge und Mädchen, für das blutige Abenteuer willig gemacht. [...]“

Erst als die Rückschläge kamen und dann endlich der Zusammenbruch, da fing die Masse der Jugendlichen an zu begreifen, daß da etwas nicht stimmte. [...] Aus Trümmern und Schutt soll und muß nun wieder ein neues Deutschland entstehen. Die Jugend aber, Deutschlands Zukunft, muß sich einreihen in diesen Aufbauprozess. [...]

Der Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands, er wird der Jugend bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zur Seite stehen, er wird Einfluß nehmen auf die geistige Betreuung der deutschen Jugenderziehung und der studentischen Jugend. [...] Er will darüber hinaus an Stelle einer verlogenen Nazikultur wieder wirkliche deutsche Kultur pflegen, die, freiheitlich und humanistisch, wahrhaft nationale Traditionen unseres Volkes in sich trägt. Er will die geistigen Errungenschaften der

anderen Völker in den kulturellen Neuaufbau unseres Vaterlandes einbeziehen, er will eine Verständigung mit den Kulturträgern der anderen Völker anbahnen. Die Wiedergewinnung des Vertrauens und der Achtung der Welt ist eines seiner vornehmsten Ziele. [...] Wir rufen die Jugend auf, sich in die Kulturbundarbeit einzureihen. Kommt zu uns! Habt Vertrauen, wie wir der deutschen Jugend trotz alledem unser Vertrauen schenken!...“

Erich Franz verstorben

Februar 1961

Am 10. 02. 1961 starb der DEFA-Schauspieler Erich Franz. Die „MV“ schrieb: „Volkskammerabgeordneter Erich Franz, einer der beliebtesten Schauspieler der DDR, ist im 58. Lebensjahr verstorben. Nachdem Bertolt Brecht den Dreher und späteren Bergbaubrigadier vor zehn Jahren für das „Berliner Ensemble“ gewon-

nen hatte, wurde der großartige Menschendarsteller mit vielen Rollen in DEFA-Filmen betraut und als einfühlsamer Sprecher für viele Hörfolgen im Rundfunk eingesetzt.

Der seit 1920 politisch organisierte Arbeiter gestaltete nach einer ersten Rolle in „Geheimakte Solvay“ den Artur Vierbreiter im

„Thälmann“-Film. „Alarm im Zirkus“, „Eine Berliner Romanze“, „Schlösser und Katen“, „Gene-sung“, „Traumschiff“, „52 Wochen sind ein Jahr“, „Sie kannten sich alle“, „Sie nannten ihn Amigo“, „Maibowle“ und zuletzt „Silvesterpunsch“ sind einige Titel von DEFA-Filmen, denen seine große Darstellungskunst zum Erfolg

verhalf.“ (MV, 11. 02. 1961) Das DEFA-Studio für Spielfilme schloss sich an: „Noch vor wenigen Monaten konnte unsere Regierung ihn für seine große künstlerische Leistung mit dem Kunstpreis 1960 auszeichnen. Sein Leben war Kampf für die Arbeiterklasse und unermüdete Arbeit für unsere sozialistische Kunst.“

Ein guter Jahresbeginn

Karl-und-Rosa-Ehrungen im Januar 2011 in Potsdam

„An die Ermordung der Kommunistenführer Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg vor 92 Jahren ist in Potsdam am Wochenende auf ganz unterschiedliche Weise erinnert worden“, so berichtete es eine Potsdamer Tageszeitung am 17. Januar 2011. Zwei Reizwörter in einem – „Kommunisten“ und „Führer“ – zeigen anschaulich die Denkweise der Redakteurin des Blattes, meinen wir. Und dann: „Die Feierlichkeiten der Partei DIE LINKE, die sowohl am Samstag wie am Sonntag Kränze für die Revolutionäre niederlegten, bekam dabei zum zweiten Mal Konkurrenz von den „Ultras Babelsberg“, einer Fangemeinschaft des Fußball-Regionalligisten SV Babelsberg.“ Was ist daran „Konkurrenz“? Nein, es ist vielmehr bemerkenswert und positiv hervorzuheben, dass sich Fußballfans eben nicht nur darum kümmern, dass das „Runde ins Eckige“ fliegt. Vielmehr ehren und erinnern sie an von der Reaktion Ermordete.

Das ist wichtig und gut so! Traditionell ehrte eine kleine Delegation der LINKEN bereits am Samstagmorgen Karl Liebknecht vor der Gedenktafel in der Hegelallee 38. Dort wurde bekanntlich Liebknecht 1914 von seinen Potsdamer Genossen beauftragt, gegen die Kriegskredite im Reichstag zu stimmen. „Diesen Auftrag sollte man sich bewusst machen und in Potsdam bewahren“, so Dr. Scharfenberg. Am gleichen Tag trafen sich in den Abendstunden rund 60 Fußball-Fans von den „Ultras Babelsberg“ und weitere Interessierte an der „Flamme der Revolution“ im Lustgarten, um Liebknechts und Luxemburgs zu gedenken. Mit dabei auch der Potsdamer Kreisvorsitzende der LINKEN, Sascha Krämer. Krämer erklärte: „Ich hoffe, dass junge Leute auch zur zweiten Gedenkveranstaltung der LINKEN am Sonntag kommen.“ Und am Sonntagvormittag kamen dann auch mehr als 200 Menschen zum Liebknecht-Luxemburg-Geden-



ken in den Lustgarten. Hier betonte Sascha Krämer: „In den 92 Jahren seit der Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts hat sich noch keine Gesellschaftsform herausgebildet, die ihren Vorstellungen gerecht werden konnte.“ Rosa Luxemburg habe darauf beharrt, dass

Sozialismus und Demokratie zusammengehören. „Dies gilt auch für Freiheit und Gleichheit“, so Krämer. Werte und Inhalte, mit denen sich DIE LINKE auch in ihrer Programmdiskussion auseinandersetzt. Alles in allem also ein guter und traditioneller Jahresbeginn, meinen wir. -bm



Potsdam ist Kulturstadt

Potsdam wird häufig zu Recht als die Stadt der Schlösser und Gärten, als der Medienstandort, als Wissenschaftsstadt klassifiziert. Das ist sicher richtig. Die kommunale Aufgabe allerdings ist, das gesamte kulturelle Leben der Stadt zum Blühen zu bringen. Das Renommee Potsdams wird maßgeblich durch seine kulturellen Einrichtungen, Kulturvereine und deren Aktivitäten getragen, die oft überregionale, sogar bundesweite Ausstrahlung genießen, wie fabrik e.V. oder die Musikfestspiele Potsdam Sanssouci. Sie alle bringen das unverwechselbare Lebensgefühl „Potsdam“.

Diese Tatsache wird oft für selbstverständlich gehalten. Allerdings gilt es bei allen, die darüber zu entscheiden haben - und dabei geht es unzweifelhaft ums Geld -, sich stets aufs Neue klar zu machen, welche Schätze wir in unserer Stadt mit der facettenreichen Kulturlandschaft eigentlich haben. Schnell gerät das in Vergessenheit. Kulturpolitische Leitlinien und Konzepte wurden erarbeitet, mit großer Kraftanstrengung konnten wir Investitionen sichern, wie zum Beispiel für die Bibliothek oder für die Museen. All das muss in der Stadtpolitik nicht nur Wertschätzung erfahren, sondern eine Widerspiegelung im Haushalt 2011 finden.

Daraus ergibt sich die Frage, was ist uns die Kultur wert? In den letzten Wochen haben gerade freie Träger ihre Probleme im Kulturausschuss geschildert. Beispielsweise fallen bei der fabrik Bundesmittel weg, das Theaterschiff benötigt dringend Geld, um diesen beliebten Ort wieder flott zu machen, die bildenden Künste sollen ebenfalls besser gefördert werden, die ehrenamtliche Arbeit muss stärker anerkannt werden, die Bibliothek braucht Mobiliar... und Vieles mehr!

DIE LINKE erwartet vom Kämmerer für 2011, dass er einen gut ausgestatteten Kulturhaushalt vorlegt. Die Landeszuweisungen haben sich übrigens für die Landeshauptstadt günstiger gestaltet, als von ihm zunächst angenommen war. Erst kürzlich stellte sich sogar heraus, dass Potsdam für 2008 einen Überschuss von über 30 Millionen Euro nachweisen konnte. Das ist unerwartet - wegen der Sparmaßnahmen - und erfreulich zugleich. Deshalb soll die Kultur von diesem Kuchen nicht nur einen Krümel, sondern ein großes Stück erhalten. Wir vermuten aber, dafür müssen sich noch viele einsetzen! Denn: Potsdam ist Kulturstandort.

Dr. Karin Schröter
Vorsitzende des Kulturausschusses der StVV Potsdam

Verbraucherschutz muss Priorität haben

Der aktuelle Fall von Dioxin-Verunreinigungen in Futtermitteln zeigt laut Verbraucherschutzministerin Anita Tack (LINKE) einmal mehr, dass die Sicherheit von Futtermitteln erhöht werden muss. „Verbraucherschutz muss auch in der Futtermittelherstellung Priorität haben“, so Tack. Jüngst wurde bekannt, dass Ferkel aus Thüringen, die vermutlich mit belastetem Futter gefüttert worden waren, an drei Brandenburgische Betriebe geliefert wurden. Bei den drei Betrieben handelt es sich um reine Vermittlungsbüros. Durch das zuständige Landesamt werden jetzt vorsorglich die Vertriebswege der Ferkel ermittelt, um ggf. erforderliche Maßnahmen zu ergreifen.

„Für Verbraucherinnen und Verbraucher ist insbesondere in Krisenzeiten eine umfassende und schnelle Information wichtig“, sagt Tack. Nur so könnten Verunsicherungen vermieden werden. Sie fordert von der Bundesregierung, bei der derzeitigen Novellierung des Verbraucherinformationsgesetzes klare Rechtsgrundlagen für die zeitnahe Veröffentlichung und Weitergabe von Untersuchungsergebnissen, betroffenen Waren und Betrieben sowie sonstigen behördlichen Erkenntnissen zu schaffen.

Das Brandenburgische Verbraucherschutzministerium hat eine Telefon-Hotline unter der Rufnummer 0331/866-74 65 (9 bis 16 Uhr) eingerichtet. Verbraucherinnen und Verbraucher haben darüber hinaus die Möglichkeit, sich im Internet über die aktuelle Situation zu informieren. Aufgrund der schrittweisen Auswertung der Lieferwege kann noch kein abschließender Sachstand dargestellt werden.

Tack appelliert noch einmal an Verbraucherinnen und Verbraucher, vor allem regionale Produkte zu kaufen. „Regional vermarktete Produkte ermöglichen aufgrund der kurzen Transportwege mehr Transparenz und Vertrauen und können einen Beitrag zur gesunden Ernährung leisten“, sagt die Ministerin.

Petition zur Verbesserung der Situation von Lehrenden und Studierenden an der Universität Potsdam

DIE LINKE.Potsdam unterstützt eine Open-Petition an das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur in Brandenburg. Die zentrale Forderung der Initiative lautet: Änderung des Kap. V, § 6 (2): Abkoppelung der Anzahl der Lehraufträge von den Zulassungszahlen. Die Universität Potsdam und das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg sollen sich für eine Änderung des Kap. V, § 6 (2) einsetzen, um Lehraufträge von den Zulassungszahlen abzukoppeln.

DIE LINKE unterstützt Haltung der Uni Potsdam gegen NPD-Praktikum

Zum Streit darüber, ob die Uni Potsdam ein Praktikum bei der rechtsextremen NPD anerkennen muss, erklärt der hochschulpolitische Sprecher der Landtagsfraktion der LINKEN Peer Jürgens: „Die Uni Potsdam zeigt mit ihrer Haltung Zivilcourage. Dafür gebührt ihr Respekt und Anerkennung. Sie macht damit deutlich: Im Kampf gegen den Rechtsextremismus braucht es den Mut des Einzelnen. DIE LINKE unterstützt alle Bestrebungen, sich auch an Hochschulen für Toleranz und gegen rechtsextreme Ideologie einzusetzen. Der klagende Student ist immerhin der stellvertretende Brandenburgische Landesvorsitzende der NPD.“

Dass es auf das entschlossene Handeln des Einzelnen ankommt, machte auch kürzlich ein Hoteldirektor in Bad Saarow deutlich. Er stellte dem Chef der rechtsextremen NPD bestimmt den Stuhl vor die Tür und erteilte ihm Hausverbot. Daher wünscht die Fraktion DIE LINKE der Uni Potsdam in dem Rechtsstreit viel Erfolg.“

S-Bahn fährt anders

Die S-Bahn Berlin GmbH änderte ab dem 24. Januar 2011 den Fahrplan auf ihren Linien. Aufgrund der Reduzierung der Fahrgeschwindigkeit kommen die Züge der S-Bahn-Linie S 7 später in Potsdam an und fahren früher nach Berlin zurück. Dieser Winterfahrplan soll zunächst bis Ende Februar gelten.



Die endlose Geschichte vom defekten Fahrstuhl am Bahnhof Griebnitzsee

Sicherlich bemerkten es nur diejenigen, die auf Fahrstühle an Bahnhöfen angewiesen sind, dass am Bahnhof Griebnitzsee der Fahrstuhl fast regelmäßig defekt war.

Die S-Bahn hatte nun nach vielen Beschwerden (siehe Raul.de) in der Zeit von September bis Mitte November 2010 die beiden Aufzüge am S-Bahnhof Griebnitzsee ausgetauscht. Doch die Freude währte nicht lange. 14 Tage nach der Inbetriebnahme sollen Brandstifter den Fahrstuhl am 05.12.2010 angezündet haben. So gibt er jetzt dieses trostlose Bild immer noch ab.

B-Plan für freien Uferweg am Griebnitzsee

Erneut ein Rückschlag für das freie Ufer am Griebnitzsee: Der Anwalt Partsch hat durch die Sperrung eines von ihm offensichtlich für diesen Zweck erworbenen Teilstücks des Uferstreifens auch den bisher noch freien Uferweg zwischen dem Hotel am Griebnitzsee und der Stadtgrenze zu Berlin in Richtung Kohlhaasenbrück unterbrochen. Es liegt auf der Hand, dass er mit dieser ausschließlich auf das Eigeninteresse ausgerichteten rücksichtslosen Handlung die Bemühungen der Stadt um die zum Verkauf stehenden Grundstücke des Bundes konterkarieren will. Die Entscheidung über diesen Verkauf, die der Haushaltsausschuss des Bundestages treffen soll, ist bereits mehrfach verschoben worden. Die Stadt hat sich nach massiver Kritik an diesem auf die Erzielung eines Höchstlöses ausgerichteten Verfahren dafür entschieden, sich zu beteiligen. Spätestens nach der neuerlichen Sperrung ist der Bund in seiner Verantwortung aufgefordert, nicht einseitig auf hohe Einnahmen zu drängen, sondern auch einen konkreten Beitrag für die Gewährleistung des Allgemeinwohls zu leisten. Umso wichtiger ist auch, das Verfahren um die Erstellung eines neuen Bebauungsplanes für das Ufer am Griebnitzsee zügig und akribisch voranzutreiben. Hier sind in der Vergangenheit viele Fehler gemacht und Versäumnisse zugelassen worden, so die viel zu späte Erarbeitung eines B-Planes 2007 und dessen gerichtliche Außerkraftsetzung 2009. DIE LINKE



Zu einer Floßfahrt vor den gesperrten Ufergrundstücken hatte die Bürgerinitiative am Sonntag, 23. Januar, aufgerufen.



war treibende Kraft für eine konsequente Sicherung des freien Uferweges, konnte sich jedoch nicht immer durchsetzen.

Mit dem im Dezember 2010 vorgelegten Entwurf für einen neuen B-Plan soll der öffentliche Weg so weit wie möglich an das Ufer ver-

legt werden, um möglichst wenige private Flächen in Anspruch zu nehmen. Zugleich soll den Anliegern dadurch entgegen gekommen werden, dass bis zu 40 Bootshäuser und 17 Stege zugelassen werden können. Im Planentwurf sind auch die voraussichtlichen Kosten an-

gegeben, die mit der Umsetzung verbunden sind. Der Gesamtaufwand wird auf 13 Millionen Euro geschätzt, wobei 3 Millionen Euro für den Grunderwerb beim Bund, 0,5 Millionen Euro für Grunderwerb von privat, 3,8 Millionen Euro für Entschädigungen und 1,5 Millionen Euro für Rechtsberatungs- und Verfahrenskosten vorgesehen sind. Dazu kommen noch etwa 4 Mio. Euro, die für die Herstellung der Wege und Grünflächen und für Ausgleichsmaßnahmen eingeplant sind. Das ist viel Geld. Aber diese Kraftanstrengung ist die einzige Möglichkeit, um in absehbarer Zeit den Uferweg dauerhaft frei zugänglich zu machen. Der Aufwand ist nicht zuletzt damit zu rechtfertigen, dass auch künftige Generationen von dieser Investition profitieren werden.

*Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender, Mdl*

Die "Villa Urbig" in der Virchowstraße

Entscheidend für die Höhe des der Gesamtkosten für den Uferweg wird sein, wie die Villenbesitzer auf den B-Plan reagieren. Im Bild die „Villa Urbig“, auch „Haus Seefried“ genannt. Sie befindet sich in der Virchowstraße Nummer 23. Die Villa wurde im Jahr 1915 für einen Mitinhaber der Deutschen Bank, Franz Urbig, gebaut. Urbig hatte noch zahlreiche weitere Aufsichtsratsposten, so bei der Deutsch-Asiatischen Bank und der deutschen Rentenbank. Architekt war Ludwig Mies van der Rohe. Wie van der Rohe mochte auch Frau Urbig den Baustil Karl Friedrich Schinkels. Deshalb ist auch ihr Bau im Stile des Neoklassizismus streng gegliedert. Auffällig sind die bis an den Boden gezogenen so genannten Französischen Fenster im Erdgeschoss. 1917 wurde das Haus bezogen. Die Inneneinrichtung orientierte sich an den Ansprüchen des großbür-



gerlichen Bauherrn der damaligen Zeit. Man verfügte über Musik-, Speise-, und Turnsäle. Es gab eine Domestikenetage, ein Gärtnerhaus, sowie einen eigenen Bootsanlegeplatz am Griebnitzsee.

Die Villa Urbig diente als Drehort für den UFA-Film „Frischer Wind aus Kalkutta“. Zum Zeit-

punkt des Baus wurde die Villa Urbig als „Haus Seefried“ genannt.

Bis kurz vor der Potsdamer Konferenz, im Jahr 1945, wohnte die Stief-Enkelin des Bankiers Franz Urbig, Marie Louise Gerike, mit ihrer Tante in der Villa. Sie hatten gehofft, nach der Konferenz das Haus wieder beziehen

zu können. Dann war es jedoch schon alliierter Sperrbezirk und der „Eiserne Vorhang“ zog sich quer durch den Garten.

Während des Potsdamer Abkommens, war die Villa der Wohnsitz des britischen Premierministers Winston S. Churchill und seines Nachfolgers Clement R. Attlee. Damals hieß die „Virchowstraße“ noch „Ringstraße“.

Nach 1950 wurde die Villa Urbig ein Gästehaus der „Akademie der Staats- und Rechtswissenschaften der DDR“. Dafür wurde sie zu einem zweigeschossigen Putzbau mit Walmdach und Pilastergliederung umgebaut, in dessen Erdgeschoss sich französische Fenster befinden.

Im Februar 2009 erwarb der SAP-Aufsichtsratsvorsitzende, Softwaremilliardär und Potsdam-Mäzen Hasso Plattner die Villa.

(Quelle: Potsdam-wiki.de)

Eine Aula für die Lenné-Schule

Die Gesamtschule „Peter Joseph Lenné“ in Zentrum Ost bekommt endlich eine Aula. Zurzeit wird noch fleißig in der ehemaligen Schülerspeisung auf der anderen Seite des Humboldtrings gewerkelt, aber wenn alles klappt, sind die Arbeiten im April abgeschlossen. Der Mietvertrag ist bereits unterschrieben, wie der Chef des Kommunalen Immobilienservice' (KIS) noch im vergangenen Jahr mitteilte. Dann stehen etwa 600 Quadratmeter für die Einnahme des Schullebens und für schulische Veranstaltungen zur Verfügung, für die bisher entsprechende Räumlichkeiten fehlten.

Die Forderung nach einer solchen Aula steht seit längerem. Insbesondere DIE LINKE und die

SPD hatten dieses Anliegen mit verschiedenen Initiativen in der Stadtverordnetenversammlung befördert. Dabei war aus Sicht der Schule von vornherein die zu DDR-Zeiten gebaute Schülerspeisung das bevorzugte Objekt. Allerdings war dieser „Speisewürfel“ in Wendezeiten nicht der Kommune, sondern der TLG zugeschlagen worden und lange durch verschiedene Nutzungen, unter anderem als Videothek, blockiert. Dabei verschlechterte sich der äußere Zustand des Gebäudes immer mehr. Erst ein kürzlich erfolgter Eigentümerwechsel und das herzliche Engagement des neuen Eigentümers haben den erfreulichen Fortschritt ermöglicht. Neben der schulischen Nutzung sind



weitere Ansiedlungen im Haus geplant, die die Attraktivität des Wohngebietszentrums erhöhen werden.

Jetzt bleibt nur zu hoffen, dass die Witterung den gewünschten

Baufortschritt zulässt und die Aula tatsächlich zum Ende dieses Schuljahres schon zur Verfügung steht.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Ansetzungen im „KarLi“

Im Februar 2011 laufen folgende Spielansetzungen im Babelsberger „Karl-Liebknecht-Stadion“:

Sonnabend, 5. Februar, ab 14.00 Uhr:
SV Babelsberg 03 - Rot-Weiß Ahlen

Sonntag, 6. Februar, ab 11.00 Uhr:
1.FFC Turbine Potsdam - FCR Duisburg

Sonnabend, 19. Februar, ab 14.00 Uhr:
SV Babelsberg 03 - FC Rot-Weiß Erfurt

Sonntag, 20. Februar, ab 11.00 Uhr:
1.FFC Turbine Potsdam - 1.FC Saarbrücken

Wiedereröffnungsparty des Kulturhauses Babelsberg

Die Sanierungsarbeiten sind vollständig abgeschlossen. Das Kultur- und Bürgerhaus öffnet für alle, insbesondere für behinderte Menschen, seine Pforten, um seine Angebote mehr Besuchern zur Verfügung zu stellen. Der neue Fahrstuhl sowie automatische Türen ermöglichen nun erstmalig einen barrierefreien Eintritt in das Veranstaltungshaus. Es gibt in allen neusanieren und renovierten Räumen verschiedene Aktivitäten und Unterhaltungsprogramme - u. a. eine Ausstellung zur Sanierung, Kinderprogramm und SoulJazz. Der Eintritt ist frei - am: 11. Februar 2011 ab 17.00 Uhr.



Zentrum Ost bekommt eine neue Kaufhalle

Die Diskussion um den Erhalt von Kaufhallen hat in den vergangenen Jahren in der Stadt eine zunehmende Rolle gespielt. Das gilt für die Kaufhalle am Keplerplatz ebenso wie für die Kaufhalle am Schlaatz und die in Zentrum Ost. Diese Einrichtungen sichern eine wohnortnahe Versorgung nicht nur für die älteren Bewohner und sind zugleich die Anker in den Wohngebietszentren. Die Entwicklung dieser Standorte regelt sich nicht nur über den Markt, sondern bedarf einer gezielten Einflussnahme durch die Stadtverwaltung.

Als in Zentrum Ost vor zwei Jahren bekannt wurde, dass die REWE-Kaufhalle geschlossen werden soll, stieß das auf massiven Protest insbesondere von Seniorinnen und Senioren. Zahlreiche Unterschriften wurden gesammelt und die Verantwortung der Stadt eingefordert. DIE LINKE hat sich von Anfang an für dieses Anliegen eingesetzt und konnte sich dabei auf günstige Rahmenbedingungen stützen. Schließlich stand die Landtagswahl 2009 vor der Tür und die Oberbürgermeisterwahl war in Sicht. Außerdem hatten die Auseinandersetzungen um die Kauf-

halle am Schilfhof gezeigt, dass eine öffentliche Diskussion und die konkrete Einflussnahme der Stadtverordneten den Oberbürgermeister und seine Beigeordneten „auf Trab bringen“ können.

Heute ist festzustellen, dass die Kaufhalle in Zentrum Ost entgegen den ursprünglichen Planungen immer noch geöffnet ist. Auf einer gut besuchten Veranstaltung in der Seniorenfreizeitstätte wenige Tage vor dem Weihnachtsfest informierte der von mir eingeladen Herr Rauh von REWE über den aktuellen Stand. Es war sehr erfreulich für

die Zuhörer, dass alle wichtigen Voraussetzungen gegeben sind, um am jetzigen Standort eine neue Kaufhalle zu errichten. Der Abriss der alten Halle soll nach Erteilung der Baugenehmigung bis Mitte des Jahres 2011 beginnen. In dieser Zeit wird eine vorübergehende Versorgung in einem Zelt gesichert.

Wesentlichen Anteil an dieser positiven Entwicklung hat Herbert Schlomm, der die Veranstaltung organisiert hatte und sich als Stadtverordneter und Bewohner von Zentrum Ost unermüdlich für die Halle einsetzte.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

HPI – Sprungbrett zum Erfolg

Ehemalige Studenten des Hasso-Plattner-Instituts am Potsdamer Griebnitzsee berichten am Freitag, dem 4. Februar 2011, über ihren Berufseinstieg nach dem Studium: Wie sind sie in ihre heutigen Jobs gekommen? Was macht ihre Aufgabe spannend? Vom Gründerteam eines Berliner Start-ups bis zum Angestellten im IT-Weltunternehmen erhält man/frau einen breiten Einblick in junge IT-Karrieren. Die Veranstaltung im HPI, Prof. Dr. Helmert-Straße 2 - 3, ist öffentlich. Eine Anmeldung unter alumni-office@hpi.uni-potsdam.de ist erforderlich.

Schulentwicklungsplanung gegen Elternwillen

Zweiter Gymnasialanlauf für Babelsberger Goetheschule

Potsdams Gesamtschulen platzen aus allen Nähten: Die Voltaire-Schule kämpft um zusätzliche Räume, Lenné möchte vorübergehend nur noch drei 7. Klassen aufnehmen und für sechs ganze Klassen war schon zu Beginn des vergangenen Schuljahres kein Platz mehr an den Potsdamer Gesamtschulen.

Anders die Situation an den Gymnasien: Zwei Klassen mehr hätten sie im vergangenen Jahr noch aufnehmen können – auch ohne dass die Goetheschule zum Gymnasium wurde. Hier wurden stattdessen im Eilverfahren und auf Druck des staatlichen Schulamtes vier Gesamtschulklassen aufgenommen – beschlossen aber wiederum nur als Provisorium für ein Jahr. Von den Gym-

nasialplänen mochte man sich trotz mahrender Worte immer noch nicht verabschieden.

Die Zitterpartie geht damit weiter – insbesondere für die betroffene Schule. Denn die Prognosen für die neuen 7. Klassen zeigen: Selbst wenn in Babelsberg erneut vier Gesamtschulklassen aufgenommen werden sollten, wird noch ein deutlicher Bewerberüberhang erwartet. Die Gymnasialplätze reichen dagegen schon jetzt aus – werden aber schon zu diesem Schuljahr weiter aufgestockt. So eröffnet in Potsdam-West eine Filiale des Einstein-Gymnasiums, die perspektivisch eigenständig werden soll. In Babelsberg eröffnen gleich zwei neue Schulen privater Träger, unter anderem das hoch ge-



lobte Filmgymnasium. Sicher muss man die geradezu explosionsartige Entwicklung freier Schulträger sehr kritisch sehen. Die Auswirkungen dieser Entwicklung auf die Anwahl staatlicher Schulen muss natürlich dennoch berücksichtigt werden. Die Chancen für ein Gymnasium an der Goetheschule haben sich damit sicher nicht verbessert. Einmal mehr zeigt sich an dieser Entwicklung, wie kurzsichtig die Reduzierung der Schulkapazitäten in den 90-er Jahren war.

Die Elternumfragen des letzten Jahres zeigen klar, was die Eltern wollen – und warum: Sie wollen an die Gesamtschule, weil sie

eine hohe Durchlässigkeit zwischen den Bildungsgängen und mehrheitlich auch ein dreizehnjähriges Abitur für ihre Kinder anstreben.

Potsdams Schülerzahlen werden auch in den kommenden Jahren weiter steigen – dafür gilt es, heute vorzusorgen. Goethe hat eine Zukunft – als Gesamtschule mit einem auf Jahre hinaus sicheren Schülerpotenzial. Dieser Verantwortung muss sich die städtische Politik jetzt stellen!

Stefan Wollenberg
Bildungspolitischer
Sprecher der Fraktion
DIE LINKE in der SVV

Von einer, die nicht auszog ...

... oder ein Kapitel aus der unendlichen Geschichte Potsdamer Schulsanierungen

Es war einmal vor über 70 Jahren, da schlossen die Nazis in Potsdam die Marienschule. Nun begab es sich zum Beginn des neuen Jahrtausends, dass in Babelsberg ein Schulhaus vakant war. Um dieses gab es nicht viele Freier. Ernsthaft wohl nur das Erzbistum Berlin. So war allseits die Freude groß. Die Schule am Espengrund sollte wieder mit Leben erfüllt werden, die benachbarte Grundschule mit dem Erlös saniert und somit das gesamte Gelände künftig den modernsten Bildungsstandards entsprechen, wozu auch eine große neue Turnhalle gehören würde. Damit alles gut gelänge, ward die Planung in eine Hand gelegt, sowohl für die kommunale Schule als auch die zu Marien. Der Architekt empfahl, die Kinder mögen für ein, zwei Jahre ein anderes Quartier zum Lernen wählen, damit das Gesamtwerk gut werde. Darüber war die Elternschaft der Griebnitzseeschule überrascht, ein der-

art langer Umbau solchen Schulbaues war bisher in der Stadt unbekannt. Eher im Gegenteil wurden die Fachleute der Elternschaft vergleichbaren Tuns von der Elternschaft dazu dringend angehalten, ihr Werk viel rascher zu vollenden. Nein, sagte die Elternschaft, wir wollen mit Kindern und Gelehrten hier harren und dem Werden freudig beiwohnen, auch wenn Handwerksgeklapper zeitweilig laut werden kann. Da ihr Ansinnen anfänglich im städtischen Rat auf Unverständnis stieß, schrieben sie öffentliche Traktate, um gehört zu werden. Die Blätter der Stadt brachten die Kunde zu allen interessierten Bürgern, doch einzig der Hans-Jürgen vom Scharfen Berg bat sein Gefolge aus der Ratsversammlung, zu gehen und zu hören, was die Menschen bedrücke. So erhielten die Eltern auf diesem Wege die Möglichkeit, Ansinnen und Abwägungen vor den jeweiligen Ausschüssen, ja

selbst der großen Versammlung mehrfach kundzutun. Alles schien gut zu werden, bis kurz vor dem Kampf um den ersten Ratsstuhl die Nachricht auf einem Schulfest die Runde machte, die alte Turnhalle müsse viel eher geschleift werden, weit vor der Fertigstellung der Neuen. So kam das Gruseln zu Eltern, Kindern und Gelehrten. Auf diesem Fest war auch Herr vom Scharfen Berg und ebenso perplex ob dieser Kunde, war seine und seiner Genossen Stimme und wohl auch die anderer Fraktionen doch unter anderen Vorzeichen für den Verkauf gegeben worden. Die Eltern staunten nicht nur, dass wiederum nur LINKEs Gefolge sich ihrer Sorgen öffentlich annahm, nein, sie waren sehr verwundert und enttäuscht ob des Schweigens des obersten Bürgermeisters, des Jakobs' Jann, der doch den von ihm besetzten ersten Stuhl im Rathaus eben zu dieser Zeit gegen den Hans-Jür-

gen verteidigte. Unbeirrt setzte sich der Unterlegene wieder dafür ein, dass die Eltern ihre Sorgen öffentlich vor dem Rat und seinen Institutionen vortrugen, und brachte entsprechende Anträge ein. Nach seinem Sieg nun sprach sogar Jakobs' Jann für den Antrag seines alten Kontrahenten und positionierte sich an der Seite der Elternschaft der Babelsberger Schule am Griebnitzsee. So ward zu Beginn dieses Jahres ein Termin gefunden, der alle Beteiligten an einen Tisch rief, um einen Kompromiss auszuhandeln, der viel schneller zu einer neuen Turnhalle führen sollte und die Zeit ohne Sportunterricht erheblich verkürze. Und wie diese Geschichte guten enden kann, erfährt man zur kommenden Weihnacht, denn da soll der Kompromiss Realität in Stein geworden sein.

Die betroffene Märchenerzählerin
„Rosi“

Potsdams Klimaschutzkonzept – „Stein des Weisen“? (Teil I)

Immer mehr Städte lassen sich kommunale Klimaschutzkonzepte erarbeiten. Das ist ein notwendiger Schritt, um den deutschen Nachhaltigkeitszielen eine realisierbare Chance einzuräumen. Seit September 2010 liegt das „Integrierte Klimaschutzkonzept 2010“ der Stadt Potsdam vor, das unter Federführung des Potsdamer Institutes für Klimafolgenforschung PIK erstellt worden ist und eine innovative, fließige und tiefgreifende Analyse beinhaltet. Potsdam hat sich das Zwischenziel gesetzt, den CO₂-Ausstoß bis 2020 um 20% (173.334 t) gegenüber dem Basisjahr 2005 zu reduzieren. Im Klimaschutzkonzept wurden 99 Maßnahmen-Vorschläge unterbreitet.

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen – ich bin für nachhaltige Maßnahmen zum Klimaschutz auf kommunaler Ebene. Da jedoch die Stadtverordneten darüber entscheiden müssen, welche der 99 möglichen Maßnahmen mit welcher Priorität umzusetzen sind, muss man schon kritisch diese Dinge hinterfragen.

Da zum überwiegenden Teil Maßnahmen zusammengestellt wurden, die nicht zu Lasten der Landeshauptstadt gehen, sondern über städtische Unternehmen oder über private oder genossenschaftliche Eigentümer finanziert und realisiert werden, werden diese Investitionen in der Regel auf höhere Preise oder Mieten umgelegt. Die LINKE muss deshalb fordern, dass diese Lasten sozial gerecht verteilt werden.

Die Maßnahmen wurden sechs Handlungsfeldern zugeordnet. Im diesem Beitrag möchte ich mich zunächst nur auf die Energiebereitstellung beschränken.

Keine Fernwärmeerweiterung!

Im Klimaschutzkonzept geht man davon aus, dass das größte CO₂-Einsparpotenzial der Stadt in der Fernwärmeverdichtung und der extensiven Erweiterung der Fernwärmeversorgung schlummert. Man erhofft sich, damit 68.000 t/CO₂ pro Jahr bei 70 Mio. € Gesamtkosten einzusparen. Diese Einsparung klappt auf dem Papier über einen offiziellen Rechenrick. Beheizt man ein Haus mit Erdgas, muss man mit einem Primärenergiefaktor von 1,1 rechnen. Heizt man das gleiche Haus über Fernwärme, die bei der Stromerzeugung anfällt, dann wird heute dieser Primärenergiefaktor im Falle von Potsdam auf 0,1836 gesenkt. Man

errechnet sich damit, dass man angeblich 83 % weniger CO₂ in die Atmosphäre ausstößt. Das klingt wie die Erfindung des Perpetuum mobile – da sollte man doch bereit sein, ohne viel nachzudenken, 70 Mio € zu investieren – oder? Dieser offizielle Rechenrick klappt jedoch nur durch die gleichzeitige Überbewertung des Primärenergiefaktors für Strom (z. Z. 2,6). Durch die stetige Erhöhung des Anteils

Langfristig muss die Marktverzerrung durch die Fernwärmeabsetzung abgeschafft werden. Die EWP muss Wege finden, dass die Fernwärme zu einem ökologischen und marktfähigen Produkt wird.

Saisonale Aquiferspeicher

Ein interessanter Punkt ist die Testung von saisonalen Aquiferspeichern. Hier will die EWP im Sommer überschüssige Wärme-

maschutzkonzeptes beziffern die Einsparung mit 6.000 t CO₂ pro Jahr, die EWP-Vorlage vom 6.11.2010 ist da etwas vorsichtiger mit nur 1.000 t CO₂ pro Jahr. Sicher ist nur, dass diese Technologie zu einer wirklichen Reduktion des CO₂-Ausstoßes führt und aus diesem Grund die beiden geplanten Pilotanlagen zu befürworten sind.

Die vorgelegte Analyse zu dem Potenzial an Solardächern in

zu dezentralisieren, so dass Kunden, die einen hohen Strom- und Wärmebedarf haben (z. B. Hotels, Schulen, Krankenhäuser), den Hauptteil dieses Bedarfes über so genannte Mini-KWK Anlagen selbst decken können.

Etliche Maßnahmen beziehen sich auf die Produktion von nachwachsenden Rohstoffen zur Erzeugung von Biogas und auf die Verwendung von Biogas bzw. von Biomethan im Heizkraftwerk



an erneuerbarer Energie im bundesdeutschen Strommix sinkt aber der Primärenergiefaktor für den Strom und der für die Fernwärme steigt. Dann wird die CO₂-Einsparung über die Fernwärme also immer kleiner und ist damit keine nachhaltige Einsparung, sondern reine Augenscheinerei. Außerdem ist zu bedenken, dass die Fernwärme mit 13 bis 15 % Wärmeverlusten, das sind ca. 67 GWh oder 30.000 t CO₂ pro Jahr, bei einem vergleichsweise höheren Preis zum Endverbraucher gebracht wird. Die EWP kann die ineffektive Fernwärme nur über die Fernwärmesatzung halten. Jede extensive Erweiterung der Fernwärme unterbindet durch den Anschlusszwang die Eigeninitiativen der Eigentümer zum Einbau von thermischen Solaranlagen, des Einsatzes von Brennwertkesseln etc. Die Fernwärmeerweiterung ist deshalb abzulehnen.

energie aus der Stromerzeugung in Boden-Schichten unterhalb von 300 m pumpen, um diese dann im Winter mit 65 % Wir-



kungsgrad wieder zur Beheizung zurück zu gewinnen. Die ersten beiden Standorte sollen das Bornstedter Feld und das Zentrum Ost sein. Allerdings sind die Investitionen erheblich und man rechnet erst nach 18 Jahren mit einer Amortisation. Trifft man allerdings im unterirdischen Raum auf Hindernisse, kann dies zu finanziellen Mehraufwendungen führen. Die Autoren des Kli-

Potsdam ist überzeugend und bietet gute Entscheidungsgrundlagen. Allerdings sind die zu erwartenden Einsparungspotenziale sowohl bei der Photovoltaik, als auch bei der Solarthermie mehr als ernüchternd. Hier werden ca. 8000 t CO₂ jährlich bei 153 Mio € Investitionen eingespart. Falls diese Zahlen richtig sind, scheint dies mehr eine Nische mehr für private Liebhaber zu sein, die nicht unbedingt auf eine Amortisation angewiesen sind. Auch zeigt sich hier die klare Grenze dieser Technik, dass nur ca. 4 % des Gesamtstromes darüber erzeugbar sind. Der Gedanke der Vermietung von Dachflächen ist hervorragend. Schauen Sie mal in das Solardachkataster der Stadt Potsdam rein.

Biogas von Potsdams Randlagen

Zu befürworten ist der Plan, die Stromerzeugung zukünftig

Potsdam Süd KWK. In keiner der Maßnahmen wird jedoch Bezug auf die Herstellung von Biogas Bezug genommen. Wäre es dann nicht logisch, dass die Stadt Potsdam den Bau von Biogas-Anlagen am Rande von Potsdam plant bzw. fördert?

Zusammenfassend kann man sagen, dass alle Maßnahmen, die die Abhängigkeit von den immer knapper werdenden Reserven an fossilen Energieträgern senken, auch Beiträge für die Friedenssicherung sind. Es ist klug, sich rechtzeitig unabhängig von diesem Markt zu machen. Außerdem tragen diese Maßnahmen zu regionalen Stoff-, Energie- und Finanzkreisläufen bei. Die finanziellen Mittel, die sonst für fossile Energieträger außer Landes gehen, bleiben somit in der Region und stärken nachhaltig regionale Erwerbstätigkeit.

Dr. Stephan Worseck

Dürfen, wollen wir uns noch Utopien erlauben?

Von Sascha Krämer, Vorsitzender DIE LINKE.Potsdam

Eine Utopie ist Kritik an gegenwärtigen Zuständen. Nach Slavoj Zizek leidet unsere Gesellschaft unter „einem grassierenden Utopienmangel“. Seiner These, nach der eine Gesellschaft, die sich ihr Anderes nicht vorstellen kann und will, im Kern krank ist, kann ich nur zustimmen.

Nach den kritischen Äußerungen zu Sarrazins Publikation zitierten selbsternannte Wächter der westlichen Zivilisation gebetsmühlenartig die Meinungsfreiheit. Sie würde verletzt, wenn Herr Dr. Sarrazin nicht immer und überall seine verquastenen Thesen vorstellen könne. Aber es darf doch andere Meinungen geben, oder? Fällt dagegen das „K-Wort“ im politischen Raum und dann noch von der LINKEN vorgetragen, so springen einstige Befürworter der Meinungsfreiheit an wie Pawlow's Hund bei einem Klingelton und fordern Überwachung und sogar ein Verbot der Partei DIE LINKE. Jede Idee, die vom Üblichen abweicht, wird verschrien! Die Debatte, die momentan geführt wird, hat sich aus meiner Sicht längst vom Anlass gelöst. Es entsteht der Eindruck, es geht vielen darum, das Ende der Geschichte



herbeizureden, als wäre der momentane Zustand des Kapitalismus nicht überwindbar, als wäre es verboten, darüber hinaus zu denken oder zu reden. Dabei gibt unser Grundgesetz dafür den Raum.

Die Begriffe Kommunismus und Sozialismus müssen sowohl von ihrem ideellen Inhalt als auch von den konkreten Erfahrungen her diskutiert werden. Dabei dürfen Verbrechen, die im Namen dieser Ideen begangen wurden, nicht verschwiegen werden. Für Alain Badiou macht die „Utopie des Kommunismus die Menschen zu politischen Subjekten,

denen die Emanzipation der Menschheit als Ganzes wichtig ist“. Marx und Engels haben in ihrem Kommunistischen Manifest eine kommunistische Gesellschaft beschrieben, in der sich Klassenlosigkeit durchgesetzt hat, in der höchste soziale Gerechtigkeit herrscht, in der es für alle wirklich die gleichen Bildungschancen gibt. Eine Gesellschaft mit höchster Emanzipation, mit höchster Partizipation, mit höchster demokratischer Teilhabe. Sie haben geschrieben, „eine Gesellschaft, in der die Freiheit des Einzelnen Voraussetzung der Freiheit für alle ist“. Das ist doch wirklich

eine gute Vision. Das ist die eine Realität. Die zweite Realität ist, dass es viele gab, die sich Kommunisten nannten, und die nichts mit diesen Zielen zu tun hatten. Sie haben schlimmste Verbrechen begangen, wenn ich zum Beispiel an Stalin und Pol Pot erinnern darf. Viele denken eben nicht an die Vision von Marx, wenn sie den Begriff Kommunismus hören, sondern an Stalin, sie denken an Mauer, sie denken an Tote. Das kann man nicht ignorieren

Deshalb haben wir uns vom Begriff des Kommunismus in unserer Programmatik verabschie-

det und gesagt, wir streben allerdings eine neue Gesellschaft an, nämlich den demokratischen Sozialismus.

DIE LINKE eint die Vorstellung einer solidarischen, ökologischen, friedlichen und demokratischen Gesellschaft. Einer Gesellschaft, in der soziale Sicherheit und Demokratie nicht gegeneinander stehen, sondern miteinander gedacht werden. Einer Gesellschaft, in der die Freiheit des Einzelnen untrennbar verknüpft ist mit dem Ziel der sozialen Gleichheit. Einer Gesellschaft, in der kapitalistische Ausbeutung überwunden wird und umfassende gesellschaftliche Demokratie möglich wird. Eine Demokratie, in der Gewaltenteilung ebenso wie Rechtsstaatlichkeit gewährleistet sind. Wir nennen unser Ziel daher demokratischer Sozialismus. Denn Sozialismus im wirklichen Sinne ist immer demokratisch. DIE LINKE ist heute zu recht allen Wahrheitsgewissheiten gegenüber skeptisch, weil Gesellschaft sich rasant verändert, weil wir uns verändern und weil Neues und Anderes ausprobiert werden muss. Mit dem jetzigen Zustand der Gesellschaft geben wir uns nicht zu frieden!

ZITIERT

»Ich glaube, ich bin vor dem Verdacht geschützt, ein Vorkämpfer des Kommunismus zu sein. Trotzdem kann ich nicht umhin, in dem Schrecken der bürgerlichen Welt vor dem Wort Kommunismus, diesem Schrecken, von dem der Faschismus so lange gelebt hat, etwas Abergläubisches und Kindisches zu sehen, die Grundtorheit unserer Epoche...«

Thomas Mann 1946

Eine philosophische Achterbahnfahrt

Rezension: Slavoj Zizek – „Auf verlorenem Posten“/Von Benjamin Kluge und Moritz Kirchner

Slavoj Zizek ist der derzeit wohl schillerndste und umstrittenste Theoretiker der politischen Linken, verbindet äußerst unterhaltsam. Er ist durch die Komplexität seiner Theoriegebäude auf den ersten Blick zwar ein schwer verständlicher Denker, gleichzeitig jedoch durch die Verflechtung von komplexer Gesellschaftstheorie mit Populärkultur äußerst unterhaltsam. Er studierte in Ljubljana sowie in Paris, wo er u. a. eine Ausbildung in Psychoanalyse mit dem Schwerpunkt auf den Theorien des französischen Epigonen Freuds, Jacques Lacan, absolvierte. Heute unterhält er weltweit Lehrstühle in Philosophie und Soziologie und ist ein gefragter Redner, das deutsche Publikum durfte ihn zuletzt in der Berliner Volksbühne bei einer Diskussion zum Thema „Idee des Kommunismus“ erleben.

Zizeks umfangreiches Werk, er hat bereits mehr als 40 Bücher veröffentlicht, durchzieht eine profunde Kenntnis der „kontinentalen Denker“ wie Descartes, Kant, Hegel und eben Marx. Da

er neben einem Kino im liberaleren Jugoslawien aufwuchs, verwendet er ebenso gern Filmszenen als Beispiele und würzt seine Schriften und Vorträge gerne mit zotigen Witzen. Legendär ist beispielsweise seine Erläuterung zu europäischen Ideologien anhand von verschiedenen Toilettenformen.

Seit der Jahrtausendwende hat sich der Schwerpunkt seiner Veröffentlichungen von Kulturkritik mit marxistischen Wurzeln hin zu einem dezidierten Antikapitalismus verschoben. Eines seiner neueren Werke, in welchem er mit dem postmodernen Kapitalismus abrechnet, ist „Auf verlorenem Posten“.

Abschied vom Ende der Geschichte

Er beginnt zunächst mit der Behauptung einer Abrechnung mit der vorherrschenden Vorstellung, in der heutigen Welt müssten alle Utopien von einem sozialen Fortschritt der Menschheit ad acta gelegt werden. Demnach sei, wie der Politikwissenschaftler Francis Fukuyamas formulierte,

das „Ende der Geschichte“ mit dem Siegeszug der liberal-demokratischen Marktwirtschaft erreicht. Bereits auf dem Buchdeckel macht Zizek deutlich: „Sollten Sie auch nur die geringste Sympathie für diese Position empfinden, können Sie aufhören zu lesen und das vorliegende Büchlein wegwerfen.“

Dass der kapitalistische Normalvollzug an seine Grenzen stößt, wird deutlich, beschäftigt man sich mit den „Vier Reitern der Apokalypse“, die Zizek am Horizont auftauchen sieht. Diese bestehen aus der sich abzeichnenden ökologischen Katastrophe, den Problemen mit „geistigem Eigentum“, sowie der Biogenetik und einer neuen Apartheid.

Die Vier Reiter der Apokalypse

1. Bemerkenswert an Zizeks Analyse des Ökologieproblems ist sein Argument, unser Hauptproblem bestehe darin, dass wir uns eine globale Umweltkatastrophe zwar rational vorstellen können, tief im Inneren jedoch

einfach nicht glauben wollen, dass unsere gesamte Welt so nicht weiterbestehen, so nicht mehr weiter existieren könnte. Darin sieht er das mangelnde Engagement begründet, dem Klimawandel effektiv entgegen zu treten.

2. Was das geistige Eigentum angeht, so verschiebt sich hier die Machtperspektive. Während früher die maßgeblichen Produktionsmittel, die Maschinen, in der Hand der Kapitalisten waren, sind jetzt die Köpfe der Arbeiter die entscheidenden Produktionsmittel. Diese lassen sich jedoch im Gegensatz zu Maschinen nicht einfach einschließen. Gerade in Zeiten des Internet und der Open Source Bewegung ist die freie Ausbreitung von Wissen kaum mehr eingrenzbar, Privateigentum an Wissen wird zunehmend zur Unmöglichkeit.

3. Im Bereich der Biogenetik ergeben sich aufgrund der nicht abschätzbaren Konsequenzen und der Kontaminationen genetisch unveränderter Lebensmittel und Organismen entscheidende Fragen der Reproduktion unserer

Lebensbedingungen. Zudem erhöht sich der Widerstand gegen die Monopolisierungen der Gentechnik, wie sie zum Beispiel Monsanto betreibt.

4. Der letzte Punkt der neuen Apartheid umfasst das Problem der globalen Ausbreitung von Elendsgebieten, die durch keinerlei staatliche Institutionen versorgt werden – Lebensbedingungen, mit welchen bereits heute schätzungsweise etwa 2 Milliarden Menschen konfrontiert sind. Während gleichzeitig in den reicheren Weltgegenden geschützte Wohnräume, sogenannte Gated Communities (auch Potsdam besitzt so etwas in der Berliner Vorstadt), zunehmen.

„Auf verlorenem Posten“ ist ein sehr lesenswertes Buch, welches den intellektuellen Horizont weitert, regelmäßig provoziert und das Verständnis unserer postmodernen Welt erhöht. Vor allem aber verbleibt es nicht auf der Ebene der Theorie, sondern legt der Linken auch bedenkenwerte viele Perspektiven nahe, die sehr bedenkenwert sind.

Kreatives Lernen, Toleranz und internationale Zusammenarbeit

20 Jahre Odyssey of the Mind in Deutschland/Von Dr. Karl-Ernst Plagemann, Ehrendirektor von Germany International

20 Jahre gibt es nun schon das Odyssey-of-the-Mind-Programm für kreatives Lernen, Toleranz und internationale Zusammenarbeit in Deutschland. Der amerikanische Professor für Design, Dr. Samuel C. Micklus, hat es im Jahre 1978 mit seinen Studenten an der Rowen Universität in Glassboro im Bundesstaat New Jersey entwickelt. Ich brachte es von einem Aufenthalt als Gastwissenschaftler an der Universität von San Francisco in Kalifornien Weihnachten 1990 mit nach Potsdam. Schon 1991 konnte ich Potsdamer Schulen für dieses einzigartige Programm kreativen Lernens, das den herkömmlichen Unterricht durch Formen gemeinschaftlichen kreativen Lernens bereichert und zugleich Toleranz und internationale Zusammenarbeit entwickelt, gewinnen. Frau Hannelore Knoblich, damals Dezernentin für Bildung in der Potsdamer Stadtverwaltung, gab mir „grünes Licht“, eine Mannschaft aus Potsdamer Schülern zusammenzustellen und mit ihnen im Mai 1991 zu den World Finals in Knoxville/Tennessee zu reisen. Die Kosten für den Flug und den Aufenthalt der ersten deutschen Mannschaft zu World Finals in den USA übernahmen die Amerikaner.

Mit einer achtminütigen Aufführung in englischer Sprache zum Thema „Pompeji“, begeisterten die Potsdamer ihr amerikanisches und internationales Publikum: Die Schüler der Helmholtz- und Humboldt-Gymnasien stellten ihr Wissen über das Leben in Pompeji zur Zeit der Zerstörung der Stadt durch den Ausbruch des Vesuv in einer Art Kriminalgeschichte mit einem reichen Pompejaner dar, der Versicherungsbetrug begehen will und dabei von einem Sheriff entdeckt und vom Ausbruch des Vesuv überrascht wird. Professor Micklus, der die Aufführung sah, schrieb dieser Tage in einem Beitrag zum 20. Jahrestag des Programms in Deutschland: „Als ich diese Aufführung der deutschen Mannschaft sah, wusste ich, dass sie zur Weltklasse gehören und die World Finals in den USA bereichern werden.“

Inzwischen gibt es seit 1992 jährliche Wettkämpfe von Odyssey of the Mind in Deutschland, organisiert von Germany International als Teil der Berlin-Brandenburgischen Auslandsgesellschaft e.V. in Potsdam. Zehn Jahre lang waren auch amerikanische Schulen in Deutschland Mitglied



Schüler des Ernst-Haeckel-Gymnasiums Werder nahmen 2005 teil.

von Germany International, bevor sie sich selbständig machten und amerikanische Schulen in weiteren Ländern Europas für dieses Programm gewannen. Im September 1992 gründete ich mit Protagonisten von Odyssey of the Mind in Polen, Ungarn und Russland mit Unterstützung der Leitung des internationalen Programms in den USA ein europäisches

Regionalkomitee von Odyssey of the Mind mit dem erklärten Ziel, dieses einmalige Programm in weiteren Ländern Europas zu verbreiten und jährliche Europafestivals zwischen den nationalen Wettkämpfen und den World Finals in den USA durchzuführen. Sechsmal fanden solche Europafestivals in Berlin und im Land Brandenburg statt. In den vergangenen Jahren haben Mannschaften aus 14 Bundesstaaten der USA sowie aus Polen, Ungarn, Slowakei, Tschechien, Russland, Belarus, Ukraine, Moldawien, Li-

tauen, Usbekistan, Kasachstan, Schweiz, Niederlande, China und Kamerun an Wettbewerben, Sommerlagern und Europafestivals in Deutschland teilgenommen.

Durch Odyssey of the Mind entstand die erste Schulpartnerschaft zwischen einer Schule in China und in Deutschland, der

Luwan Highschool in Shanghai und dem Humboldt-Gymnasium in Potsdam.

1992 wurde ich zum Direktor von

Germany International und zum Vorsitzenden des europäischen

Regionalkomitees von Odyssey of the Mind gewählt. Beide Funktionen habe ich ehrenamtlich ausgeübt. Bis ich im Mai 2005 beide Funktionen in bewährte jüngere Hände, an Stefan Hübner, übergab, bin ich in verschiedene Länder Osteuropas und Zentralasiens (Litauen, Belarus, Ukraine, St. Petersburg/ Nordwestrussland, Usbekistan, Kasachstan, Georgien) gereist, um Odyssey of the Mind

dort in Schulen und Universitäten bekannt zu machen und bei der Etablierung des Programms zu helfen.

Inzwischen bin ich Ehrendirektor von Germany International und helfe noch immer im Rahmen begrenzter gewordener körperlicher Möglichkeiten bei der Entwicklung der internationalen Zusammenarbeit von Odyssey of the Mind. Der schönste Lohn für dieses Engagement sind die Sympathie und der Beifall von Kindern, Lehrern und Eltern, die mir in jedem Jahre bei der Eröffnung der Finals von Germany International entgegenschlagen. Das hält mich im Herzen jung.

In diesen Wochen entsteht eine Broschüre zu 20 Jahren Odyssey of the Mind in Deutschland mit Beiträgen von Teilnehmern und Organisatoren des Programms aus verschiedenen Ländern. Auf einem Empfang nach der Eröffnung der 20. Finalwettkämpfe am 4. März 2011 an der John-F. Kennedy-Schule in Berlin wird diese Broschüre vorgestellt. Solche Empfänge gab es auch zum 10. und 15. Jahrestag von Odyssey of the Mind in Deutschland, aufmerksam begleitet vom ehemaligen Landtagspräsidenten Dr. Herbert Knoblich, und dem Minister für Bildung, Jugend und Sport, Holger Rupprecht, sowie von Repräsentanten der Stadt Potsdam.



DIE LINKE auf der Grünen Woche

Zu einem „Waldspaziergang“ lud die Bundestagsfraktion DIE LINKE während der Grünen Woche vom 21. bis zum 30. Januar 2011 in die Messehallen am Berliner Funkturm ein. Wälder sind Erholung pur und/oder fleißige Produzenten. DIE LINKE wollte mit ihrem Stand zwischen den Hallen 6.2a (Bio-Halle) und 6.2b (Verbraucherschutzhalle) auf der Internationalen Grünen Woche einen Beitrag zum internationalen Jahr der Wälder leisten. So konnte man/frau sich bei einem „Waldspaziergang“, der den Messetrubel etwas vergessen ließ, über Naherholung, Waldpolitik, Jagd und Umweltpolitik informieren.

Weinheim: DIE LINKE erkämpft Bürgerbüro

Glückwünsche

Im Namen der Weinheimer LINKEN möchte ich Euch zu Eurem erfolgreichen Kreisparteitag beglückwünschen. Dem neuen Kreisvorsitzenden Sascha Krämer und seinem Vorstandsteam wünschen wir viel Erfolg bei den anstehenden Aufgaben. Wir freuen uns darauf, einander im Jahr 2011 wieder zu sehen.

Carsten Labudda
Vorsitzender
DIE LINKE.Weinheim

Am 2. Dezember 2010 wurde das neue städtische Bürgerbüro in der Weinheimer Weststadt eröffnet. Rund ein Drittel der Einwohner Weinheims wohnen in diesem Stadtteil. Seit rund 30 Jahren fordern sie eine städtische Anlaufstelle. Nun ist sie endlich da. Anfang des Jahres hatten Bürgerinnen und Bürger den neu gewählten Stadtrat der LINKEN, Carsten Labudda, auf das Thema angesprochen und sich zugleich darüber beklagt, dass alle anderen Stadträte in den vergangenen Jahren zu wenig dafür getan hätten, damit Weinheims größter Stadtteil endlich ein Bürgerbüro erhält.

DIE LINKE wurde daraufhin aktiv. Im Laufe des Frühjahrs sammelten die Genossen rund 750 Unterschriften und wurden dabei auch von den Geschäftsleuten der Weststadt unterstützt. Mit Infoständen, Anträgen und Anfragen im Stadtrat verschaffte DIE LINKE dem Thema

neue Öffentlichkeit und baute so den notwendigen politischen Druck auf. Über 20 Mal berichtete die lokale Presse über diese Aktivitäten der LINKEN.

Obwohl alle anderen Parteien im Stadtrat sich gegen die Initiative stellten, kam vom Ober-

bürgermeister kurz nach Pfingsten die Zusage, dass das Bürgerbüro gegen Ende des Jahres eingerichtet wird. Ob die im Sommer erfolgte OB-Wahl ein wenig Pate dabei stand, bleibt Spekulation.

Wichtig ist: Die Weinheimer

LINKE konnte einen großen kommunalen Erfolg erzielen und zeigen, dass mit einem guten Zusammenspiel von parlamentarischer und außerparlamentarischer Arbeit echte Verbesserungen für die Menschen erreicht werden können.



Die Weinheimer LINKE präsentierte auf originelle Art die Unterschriftenlisten der Öffentlichkeit.

GeWITZte Politik

Eine ältere Dame geht zur Bank, will ein Sparbuch eröffnen und 1000 Euro einzahlen.

Sie fragt: „Ist mein Geld bei Ihnen auch sicher?“

Kassierer: „Klar doch!“

Sie fragt weiter: „Und was ist, wenn Sie pleite machen?“

Kassierer: „Dann kommt die Landeszentralbank auf!“

Sie fragt: „Und was, wenn die pleite machen?“

Kassierer: „Dann kommt die Bundesbank auf!“

Die ältere Dame fragt noch einmal: „Und wenn die pleite macht?“

Kassierer: „Dann tritt die Bundesregierung zurück, und das sollte

Ihnen nun wirklich die 1000 Euro wert sein!“

*

Edmund Stoiber macht einen Besuch auf einem Bauernhof und lädt dazu auch die Presse ein. Ein Fotograf knipst ihn im Schweinestall. Stoiber sagt zu dem Fotografen: „Dass ihr mir aber nicht so dummes Zeug unter das Bild schreibt, wie Stoiber und die Schweine oder so!“

„Nein nein, natürlich nicht.“ Am nächsten Tag ist das Bild in der Zeitung und darunter zu lesen: „Stoiber (3.v.l.)“

*

Ein Passant ist gestolpert und auf den Rücken gefallen.

Angela Merkel kommt zufällig vorbei, hilft dem Ärmsten auf die Beine und scherzt:

„Dafür müssen Sie aber bei der nächsten Wahl die CDU wählen!“ „Aber Frau Merkel“, meint der Passant, „ich bin auf den Rücken und nicht auf den Kopf gefallen!“

*

Drei Leute unterhalten sich, wer wohl dem ältesten Beruf nachgeht. Der Chirurg ist überzeugt: „Na, ist doch klar. Eva wurde aus einer Rippe von Adam geschaffen. Somit haben wir Chirurgen den ältesten Beruf.“

Der Ingenieur schmunzelt und meint: „Es gab zunächst nur das Chaos. Erst der Ingenieur hat in

dieses Chaos Ordnung gebracht und die Erde geschaffen.“

Nun ist es der Politiker der schmunzelt: „Aber was glauben sie denn, wer das Chaos geschaffen hat?“

*

Zwei Passanten füttern Tauben. Sagt der eine: „Tauben sind wie Politiker.“ „Wieso?“ fragt der andere. Antwort: „Solange sie unten sind, fressen sie einem aus der Hand. Aber sobald sie oben sind, beschießen sie uns!“

*

Ich liebe Politiker auf Wahlplakaten: tragbar, geräuschlos und leicht zu entfernen.

Sudoku

5		7				2		1
	2		5		6			9
			1					
9	3		6		7	4		
	5	3		2	1			
7	1		4		8	2		
			2					
	4		8		1			3
8	9				5			2

tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine

Freitag, 04.02.2011:
Info-Stände in den Stadtteilen: 14.30 Uhr: Kepler Platz/AM Stern; 15.30 Uhr: HNC/Drewitz; 16.00 Uhr: Haltestelle Fr.-Wolf-Str./Waldstadt II.

Sonabend, 05.02.2011:
Info-Stände in den Stadtteilen: 10.00 Uhr: Weberplatz/Babelsberg; 10.00 Uhr: REWE-Markt/Zentrum-Ost; 10.00 Uhr: Magnus-Zeller-Platz/Schlaatz; 10.30 Uhr: Vor Kaiser's/Kirchsteigfeld.

Dienstag, 08.02.2011, 14.30 Uhr:
„Eine Reise durch Kalifornien“: Eine fotografische Reise mit Dr. Stephan Worsack. Begleiten Sie ihn durch verschiedene Nationalparks und interessante Städte, und Sie werden feststellen, dass einige der (ostdeutschen?) Amerika-Klischees weit entfernt sind von der Wirklichkeit. *Dahlweid

Dienstag, 08.02.2011, 19.30 Uhr:
Wirtschaftslobbyismus gegen Volkswillen - wer regiert eigentlich Deutschland? **RLS

Mittwoch, 09.02.2011, 13.30 Uhr:
„18, 20, Buben 'raus“ - Skatturnier unter Leitung von Dr. Herbert Schlomm und Karl-Heinz Kunicke. Alle Teilnehmer erhalten kleine Preise. *Dahlweid

Donnerstag, 10.02.2011, 18 Uhr:
Runde der BO-Vorsitzenden in der Alleenstraße 3.

Montag, 14.02.2011, 14.30 Uhr:
„Der Neue Garten“: Friedrich Wilhelm II. beauftragte 1786 den aus Wörlitz stammenden Gartenkünstler Eyserbeck mit der Gestaltung dieser Gartenanlage. Unter Peter Joseph Lennés Leitung erhielt 30 Jahre später dieser Garten sein heutiges Aussehen. Überzeugen Sie sich von der

Schönheit dieser Gartenanlage. Ein Diavortrag in Überblendtechnik mit Walter Heller. *Dahlweid

Dienstag, 15.02.2011, 14.30 Uhr:
„Spiel mir eine alte Melodie ...“: Jeder Jahrgang hat seinen Wein und seine Lieder - die schönsten Schlager zum Raten und Wünschen. Gerald Meister lässt ganz nach Ihren Wünschen einige der schönsten Schlager mit den Stimmen Ihrer Lieblingsinterpreten erklingen. *Dahlweid

Montag, 21.02.2011, 14.30 Uhr:
„Irland - die grüne Insel“ - Teil 2: die Westküste hinauf. Eine fotografische Rundreise auf der kleinen grünen Insel, die nicht nur äußerst schön, sondern auch unglaublich vielfältig ist. Der Reiz der Insel besteht vor allem in den ständig wechselnden Stimmungen, hervorgerufen durch Sonnenschein, Wolken, Wind und Regen. *Dahlweid

Montag, 21.02.2011, 17.00 Uhr:
Montags-Demo auf dem Platz der Einheit am Deserteursdenkmal.

Dienstag, 22.02.2011, 14.30 Uhr:
Potsdamer Stadtgespräche: „Historisches und Aktuelles“. Eine heitere und nachdenkliche Vortrags- und Gesprächsreihe für unsere Seniorinnen und Senioren mit Dr. Herbert Schlomm. *Dahlweid

Mittwoch, 23.02.2011, 13.30 Uhr:
„18, 20, Buben 'raus“. Skatturnier unter Leitung von Dr. Herbert Schlomm und Karl-Heinz Kunicke. Alle Teilnehmer erhalten kleine Preise.

Donnerstag, 24.02.2011, 18.00 Uhr:
Die Friedensfrage in der Gegenwart. Brauchen wir ein „Neues Denken“ nach dem Kalten Krieg? **RLS

Montag, 28.02.2011, 14.30 Uhr:
„Eine Reise in Bildern durch Argentinien, Patagonien, Chile und nach Rapa Nui, die einmalige Osterinsel“ - Teil 1: Argentinien. Eine interessante Reise quer durch Südamerika mit Eva Gretsch. *Dahlweid

Dienstag, 01.03.2011, 14.30 Uhr:
Musikalisch-literarische Stunde: „Heitere Klassik - Illusionen“. Ein musikalisch-literarischer Nachmittag mit Filmmusik und Anekdoten, nicht nur aus der Filmgeschichte - ein Programm des Konzertpianisten Hartmut Valenske und der langjährigen Sängerin und Moderatorin des Landespolizeiorchesters, Eva Dobrzinski-Petersein. *Dahlweid

*Dahlweid - Seniorentreff der Dahlweid-Stiftung, Edisonallee 11, Zentrum Ost
**RLS - Ros-Luxemburg-Stiftung, Dortustraße 53